



Politik hintertrieb möglicherweise Trump DOJ Covid-Heimuntersuchung

Neuer Untersuchungsbericht wirft Fragen zur politischen Motivation bei Leaks über Covid-19-Ermittlungen des Trump-Justizministeriums auf. Spekulationen über Einfluss auf die Wahlen 2020.

Mehrere hochrangige Beamte des Justizministeriums unter der ersten Trump-Administration haben vertrauliche Details zu Untersuchungen über Covid-19-Todesfälle in Pflegeheimen in von Demokraten geführten Bundesstaaten unangemessen offengelegt. Dies geht aus einem **neu veröffentlichten Bericht des Inspektors der Justiz** hervor, der nach einer Anfrage gemäß dem Freedom of Information Act von CNN veröffentlicht wurde.

Politisch motivierte Offenlegungen?

Der Bericht äußert den Verdacht, dass die Offenlegungen politisch motiviert waren, da sie nur wenige Tage vor den Wahlen 2020 gemacht wurden. Die vertraulichen Informationen betrafen ermittlerische Schritte des Justizministeriums in New York und New Jersey – Staaten, deren demokratische Führer während der Coronavirus-Pandemie Gegner von Präsident Donald Trump waren.

Interne Diskussionen und Konflikte

Der Bericht von Inspektor Michael Horowitz beschreibt monatelange interne Auseinandersetzungen zwischen politischen Ernennungen und Beamten, die normalerweise

solche Ermittlungen leiten, über die Vorgehensweise bei den Untersuchungen in den genannten und anderen von Demokraten geführten Staaten. Ein großer Teil der Uneinigkeit drehte sich um die Frage, ob und wie bestimmte ermittlerische Schritte der Abteilung öffentlich angekündigt werden sollten.

Identität der beschuldigten Beamten

Die Identität der drei Beamten, die des Fehlverhaltens beschuldigt werden, wurde aus dem Bericht entfernt. Einer der Beamten, dessen Identität vom Inspektor general redigiert wurde, schrieb in einer E-Mail vom 17. Oktober 2020, dass ein Plan, die ermittlerischen Schritte an die New York Post weiterzugeben, „unser letzter Spielzug vor der Wahl sein wird, aber es ist ein großer“.

Verletzung der Vertraulichkeitspolitik

Diese Offenlegung und die Förderung von Artikeln mit nicht öffentlichen Details durch einen Beamten in sozialen Medien verstießen laut Horowitz gegen die Vertraulichkeits- und Medienkontaktpolitik des Ministeriums. Der Inspektor general stellte fest: „Wir haben auch festgestellt, dass das Verhalten dieser hochrangigen Beamten ernsthafte Fragen zur parteipolitischen Motivation ihrer Handlungen in der Nähe der Wahlen 2020 aufwarf.“ Sein Büro hat an das Amt für Sonderermittlungen verwiesen, das Verstöße gegen den Hatch Act untersucht, ein Gesetz, das Regierungsmitarbeiter daran hindert, ihre offiziellen Positionen für politische Kampagnen zu nutzen.

Untersuchungen in Demokratischen Staaten und Ergebnisse

Laut dem Bericht begann der Druck, New York, New Jersey und

andere demokratische geführte Staaten daraufhin zu untersuchen, wie die Coronavirus-Politiken der Staaten die Covid-Übertragungen in Pflegeeinrichtungen beeinflussten, im Sommer 2020 und wurde von politischen Ernennungen im Ministerium vorangetrieben. Zu einem bestimmten Zeitpunkt führte der Inspektor general aus, dass Regierungsbeamte mit Expertise in solchen Untersuchungen eine Analyse durchführten, die ergab, dass die staatlich betriebenen Einrichtungen mit den schlechtesten Kennzahlen nicht in den angepeilten von Demokraten geführten Staaten standen.

Besorgnis über Kommunikationsentwürfe

Mitarbeiter des Ministeriums äußerten auch Bedenken gegenüber den Behauptungen, die die Führer des Justizministeriums in Washington in Entwürfen von Pressemitteilungen zu verschiedenen Ministeriumsmaßnahmen machen wollten. Ein Entwurf einer Pressemitteilung, die eine Untersuchung von zwei Einrichtungen in New Jersey ankündigen sollte, enthielt mehrere Aussagen, gegen die Beamte des US-Anwaltsbüros von New Jersey Einspruch erhoben, da sie irreführend oder spekulativ waren oder an Beweisen fehlten, so der Bericht des Inspektors general.

Öffentliche Bekanntgabe und Medienreaktion

Der Entwurf der Pressemitteilung wurde schließlich in Teilen zurückgenommen, stellte jedoch letztendlich keine Veröffentlichung des Ministeriums dar. Stattdessen wurde ein nicht-öffentlicher Brief, der die Staatsbeamten informierte, dass das Ministerium eine Untersuchung in New Jersey einleiten würde – sowie ein separater Brief, der bestimmte Daten von Pflegeheimen in New York anhielt – einem Reporter der New York Post und später anderen Journalisten offengelegt. Der Bericht der Post wurde am 27. Oktober veröffentlicht, mehr als

30 Minuten, bevor das Justizministerium den New Jersey-Brief an das Büro des Gouverneurs schickte, wie der Inspektor general feststellte.

Die CNN-Journalistin Hannah Rabinowitz hat zu diesem Bericht beigetragen.

Details

Quellen

• edition.cnn.com

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at